



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 01/ 2014

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

„Mit den Bürgern – für die Bürger“

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Die BIZ zum Armuts- und Reichtumsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes als Gegenbewertung des Regierungsberichtes:

Zu Weihnachten präsentierten die Wohlfahrtsverbände **ihren aktuellen Armutsbericht.**

Fazit: Die Armut immer breitere Kreise der Bevölkerung nimmt zu, anders als von der alten Regierung in ihrem Bericht dargestellt. Von dem im Grundgesetz verlangten Grundsatz gleichen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik könne schon lange keine Rede mehr sein.

Die Kluft zwischen Arm und Reich in der deutschen Gesellschaft wird nach dieser aktuellen Studie der Wohlfahrtsverbände immer größer. Zugleich verschärft sich zwischen den 16 Bundesländern das Einkommensgefälle erheblich: Während in Bremen mit 23,1 Prozent fast schon jeder Vierte als von Armut bedroht gilt, sind dies in Baden-Württemberg nur 11,1 Prozent der Bevölkerung, in Bayern 11,2 Prozent. **Bundesweit gelten 15,2 Prozent der Einwohner als armutsgefährdet.**

Grundlage für die Untersuchung bildet der jüngste Mikrozensus (kleine Volkszählung). Nach den erst kürzlich vom Statistischen Bundesamt auf anderer Datenbasis vorgelegten Zahlen gelten sogar 19,6 Prozent der Bevölkerung in Deutschland als von Armut bedroht.

Vor allem in den neuen Bundesländern Thüringen (16,9) mit Werten leicht über dem Bundeschnitt. Brandenburg (18,3), Sachsen (18,9), Sachsen-Anhalt (20,9), Berlin (21,2) sowie die Schlusslichter Mecklenburg-Vorpommern (22,9) und Bremen (23,1) als Stadtstaat im alten Bundesgebiet liegen **deutlich über dem Bundesdurchschnitt.** Verbandsgeschäftsführer Ulrich Schneider sprach von einem besorgniserregenden Anstieg. «Deutschland war noch nie so gespalten wie heute.» Auch das Ausmaß der regionalen Zerrissenheit von Bundesland zu

Bundesland oder wie zwischen Land und städtischen Ballungsgebieten habe eine neue Qualität erreicht, siehe das Beispiel Bremen.

Dietrich Hoffmann

Die BIZ zu den zu erwartenden Preiserhöhungen beim Wasser und Abwasser 2014

Die nicht ausgelasteten EU-Bürokraten sollten mit ihrem Aktionismusstreben sich zunächst erst einmal um die Abwasserwerte in den neuen EU-Ländern kümmern, ehe sie uns mit immer höheren Belastungen immer ärmer machen. Es ist doch haarsträubend, wenn der Verbraucher immer mehr bezahlen soll, wenn er weniger Wasser verbraucht, er also im Sinne der Senkung der Umweltbelastung handelt! Das nenne ich eigentlich schizophren! Hier sollte man die vielen überflüssigen Wasserköpfe in den Zweckverbänden und Ministerien im Thüringer Zwergstaat abschaffen. Mit ihren immer neuen Zwangsüberlegungen für das Volk, als dem zwar stöhnenden Steuerzahler, mutet man ihm diese Belastungen ohne Skrupel zu. Aber denen werden ja noch von unserer schwarz-roten Landesregierung die hohen Vergütungen und Pensionsansprüche zugeschanzt, die uns immer ärmer machen. Die vielen Versorgungsposten und ihre Mittel die dafür ausgegeben werden müssen sind dabei nicht zu vergessen. Aber wo sonst sollen die ganzen abgewählten Kommunalpolitiker sonst unterkommen?

Die "Daseinsvorsorge" und das sich darauf zu berufen ist nur noch eine leere Worthülse im Wahlkampf. Wann wird das Volk wohl endlich wieder auf die Straße gehen, um diesem Horror ein Ende zu bereiten? Hoffentlich erkennt das der Wähler endlich einmal. Dietrich Hoffmann

Immer weiter steigende Strompreise 2014

Die steigenden Strompreise bringen einkommensschwache Haushalte in finanzielle Schwierigkeiten. In Hartz-IV-Haushalten könnte die Stromrechnung 2014 laut Medien um gut ein Fünftel höher ausfallen als die staatlichen Leistungen für die Elektrizität.

Die steigenden Strompreise bringen vor allem einkommensschwache Haushalte offenbar zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten. Bei den Hartz-IV-Haushalten werde die monatliche Stromrechnung im kommenden Jahr um gut ein Fünftel höher ausfallen als die staatlichen Leistungen für die Elektrizität, berichtet die Presse unter Berufung auf eine Untersuchung des Energie-Vergleichsportals Verivox. Etwa ein Drittel der 1100 Versorger hat demnach angekündigt, die Preise im neuen Jahr um durchschnittlich drei Prozent zu erhöhen.

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider, sagte: im Armutsbericht seines Verbandes "Strom- und Heizkosten sind ein echtes Armutsrisiko geworden." Er beziffert die Unterdeckung bei den Stromkosten von Hartz-IV-Empfängern auf jährlich 90 bis 280 Euro, je nach Haushalt.

Die Strompreise haben sich dem Bericht von Verivox zufolge im Bundesdurchschnitt seit 2005 um 44 Prozent erhöht. Ein Grund für die jüngsten Erhöhungen ist die EEG-Umlage, mit der vorwiegend die privaten Verbraucher die Ökowende finanzieren. Sie stieg zuletzt von 5,3 auf 6,24 Cent pro Kilowattstunde. Die große Koalition will das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in der ersten Jahreshälfte 2014 reformieren. Man darf gespannt sein, wie diese angekündigte Reform weiter die Preise vom Staat verordnet, in die Höhe treibt! Dietrich Hoffmann

Und der Wahnsinn geht weiter.

In der Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 01.12.13 wird darüber berichtet, dass für die Einführung des **Smart Meter** eine Zwangsabgabe geplant ist. Ich selbst kann dies bestätigen. Es ist geplant, dass **alle Privatkunden** in der Stromversorgung für die Installation und Nutzung von Smart-Meter **eine Gebühr von 8,0 Euro im Jahr bezahlen** sollen. Der Irrsinn daran ist, auch wenn die Kunden dies nicht nutzen. Neben der EEG Umlage greift nun der Staat erneut in die Tasche der Kunden, um die Investitionen von "Grünen Kapitalisten" zu finanzieren. Wer hat denn das Geld, um sich Smart-Meter einbauen zu lassen? Welche Partei geht eigentlich ernsthaft dagegen vor? Sind nicht Zwangsabgaben für Straßenbau und Abwasserteinrichtungen genug? Da es hier um die Energiewende geht, sind offenbar alle politisch

Verantwortlichen gefangen in ihren bisherigen Zusagen und Versprechen. Mit Marktwirtschaft hat dies gar nichts mehr zu tun. Die Energiewende ist derzeit sogar ökologisch gescheitert, wenn man sich den CO₂-Ausstoß anschaut. Die Preissteigerungen werden sich erst nächstes Jahr so richtig auf die Dinge des täglichen Lebens auswirken. Jeder Bäcker und andere Inhaber von Klein- und Mittelbetrieben werden dies bald ankündigen. Macht alles keinen Spaß mehr, wenn man täglich diesen Unfug und diese(s) Diktat(ur) lesen muss.
Wolfgang Kleindienst

Die BIZ zur durchgeführten Beratung zur Entwicklung der Energiepreise in Zeulenroda am 10.01.2014 im Rathaus Zeulenroda-Triebes.

In Anwesenheit geballter Fachkompetenz in Person des Bürgermeisters, Herrn Weinlich, Herrn Kleindienst und Herrn Dürr wurde zu den o.g. Fragen ein ausführlicher Gedankenaustausch durchgeführt. Den **Kommentar** zum 1. Energieforum der BIZ verfasste Dr. Sieghard Groër, als Stadtrat und Vorstandsmitglied der BIZ:

Kalte Füße mit der Energiewende von oben oder beginnt die Energiewende von unten erst mit kalten Füßen der Bürger ?

Die Teilnehmer erlebten Herrn Wolfgang Kleindienst als Referenten in einer umfassend verständlichen Darlegung der aktuellen Marktsituation.

Das seit vielen Jahren lauthals erklärte klimapolitische Ziel eines weltweit wirksamen CO₂-Abbaues hat sich ins Gegenteil verkehrt. Blieb das Kyoto-Protokoll auf der Strecke und ist außer Spesen nichts gewesen ?

Sind nun die Bürger dran: Sparen für warme Kleidung und Sparen für die Begleichung der „Energiewendespesen“ !

Dennoch: Keiner möge die Hoffnung aufgeben, dass doch noch eine Wende der Energievernunft in den Bürgerstuben und auf Bundesebene einziehen möge ...

Bürgermeister Dieter Weinlich und Herr Markus Dürr , Geschäftsführer EWZ GmbH und SWZ Stadtwerke Zeulenroda GmbH, Stadträte der BIZ und der Linken sowie interessierte Bürger waren sich darüber einig, dass dem bisher ungebrochenen Energiepreisanstieg einerseits nur ein konzertiertes kommunalpolitisches Zusammenspiel aller Bürgerinitiativen über die Landes- bis Bundesebene entgegengesetzt werden kann.

Andererseits wird inzwischen jeder Bürger die empfindliche Belastung seiner Geldbörse spüren und im ersten Schritt seinen konsumtiven Verbrauch reduzieren. Er wird und muss im zweiten Schritt über Energieverluste und persönliche Energieeinsparungsmöglichkeiten nachdenken.

Ist Energie im Überfluss für unsere Generation verfügbar? – Unstrittig NEIN !

Müssen erst unsere Kinder als Folgegeneration diesen von uns zu verantwortenden Raubbau richten ? – NEIN !

Kann unser Energieraubbau im bürgerlichen Verständnis einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Generationenverantwortung liegen? – NEIN !

Müssen wir jetzt und heute als Bürger verantwortungsbewusst handeln? – JA!

Eine individuelle ENERGIEBERATUNG muss nicht teuer sein:

Ansprechpartner ist für unsere Region kann nur die EWZ GmbH & Partner sein, die aus langjährigen Erfahrung in der Lage ist, eine individuelle Energieberatung für jeden Bürger anzubieten. **Guter Rat muss nicht teuer sein!**

Es gibt viele kostensparende Möglichkeiten, die nicht mit teuren Dämmhüllen, DIN-gerechten Fenstern und teuren Lüftungsanlagen zu vergleichen sind.

Was brauchen wir nicht:

Keine Energiewende als politische Worthülse mit bürgerbelastenden Spesen !

Keine von oben verordneten Energieeinsparungen mit mumifizierenden und verschandelnden Gebäudehüllen ! Kein abgedichtetes gesundheitsbelastendes Raumklima !

Keinen CO₂-Anstieg in unserer Atmosphäre !

Wir brauchen eine bezahlbare Energiewende und bezahlbare Energiepreise in kommunaler- und Bürgerhand!

Dr. Sieghard Groer, Stadtrat BIZ, BIZ-Vorstandsmitglied, 07937 Zeulenroda-Triebes, Südstraße 2, TF 036628 668-0 , HD 0176 2160 6507

Die OTZ zum Umgang mit kritischen Leseranfragen:

Beim Lesen des Rückblickes der OTZ auf das IV. Quartal 2013 ist mir das Fehlen eines wichtigen Ereignisses in der Stadt Zeulenroda sofort aufgestoßen. Es handelt sich dabei um das „130-jährige Jubiläum der Eisenbahnstrecke von Mehltheuer über Zeulenroda nach Weida –Altstadt“ im Rahmen des Stadtjubiläums. In mühevoller Kleinarbeit wurde dieses Ereignis mit der Gestaltung einer Ausstellung im Rathaus Zeulenroda gewürdigt. Diese Ausstellung wird noch bis Ende Januar 2014 zu besichtigen sein.

Das die OTZ diesem Ereignis in ihrer Quartalszusammenfassung keine Beachtung schenkte, halte ich zumindest für diejenigen **zwanzig Einreicher**, die persönliche Exponate zur Verfügung gestellt haben, aber auch für die Vertreter der BIZ und des Seniorenbeirates der Stadt Zeulenroda die beim Aufbau aktiv wirksam geworden sind, für einen direkten „Schlag ins Gesicht“. Schon die Eröffnung der Ausstellung durch den Bürgermeister wurde leider nur durch einen Artikel im Zeulenroda-Triebeser Amtsblatt gewürdigt. Jeder geneigte Leser der BIZ- Info bilde sich dazu seine Meinung. Weitere Details bei:

Dietrich Hoffmann

Der Vorstand der BIZ gratuliert: Herrn Dr. Sieghard Groer, Stadtrat BIZ, zu seiner einstimmigen Kooptierung durch die Vorstandsmitglieder im Anschluss an das Pressegespräch mit der OTZ am 19.12.2013 in den Vorstand der BIZ.

i.A. Bärbel Rentzsch, amt. Vorsitzende

Wie bereits mehrfach erläutert, übernimmt Siegmund Borek ab dem 01.01.2014 nach seiner vom Vorstand bestätigten Auszeit wieder sein Amt als Vorsitzender der BIZ

Einladung des BIZ-Vorstandes

Nach Zeulenroda Südstr. 2, um 18.30 Uhr bei Dr. Sieghard Groer.

Tagesordnung: Vorbereitung Kommunalwahlen 23. Mai 2014 und weiteres entsprechend der bereits schriftlich verteilten Einladungen.

Zur Orientierung auf das Thema geben wir hiermit die zeitlichen Rahmenvorgaben für die Vorbereitung der Wahlen bekannt, an die auch wir uns ohne wenn und aber zu halten haben.

Kommunalwahlen

Spätestens 28.03.14 (58.Tag)
Öffentliche Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen; nach Bekanntmachung können Wahlvorschläge eingereicht werden.
Bis 11.04.14 18.00 Uhr: Ende der Einreichung von Wahlvorschlägen ;Ende der Rücknahme von Wahlvorschlägen; Ende der Rücknahme der Zustimmung. von Bewerbern (44.Tag).

25.05.14 ab 8.00 Uhr bis 21.00 Uhr Wahlhandlung

Europawahlen

Spätestens 18.03.14 (68.Tag)
Einreichung der Wahlvorschläge (gemeinsame Liste für alle Länder beim Bundeswahlleiter) (betrifft Parteivorsand)
Bis 28.03.14 Zulassung der Wahlvorschläge
Bis 07.04.14 (47.Tag) öffentliche Bekanntmachung der EU-Wahlvorschläge.

25.05.14 ab 8.00 Uhr bis 21.00 Uhr Wahlhandlung

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:** Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937 Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de *Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat
V. i. d. S. u. P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str. 3, 07937 Zeulenroda-Triebes